

Liechtensteiner Volksblatt

erschient Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

AKTUELL

Südafrikanische Bilanz

In 18 Wohngebieten für Schwarze Südafrikaner und Mischlinge gab es auch am Mittwoch wieder Unruhen. Ihnen fiel bis zum Mittag ein Mensch zum Opfer. Die Polizei ging diesmal eher auf Verhaftungen aus und nahm mindestens 40 Personen fest. In elf verschiedenen Vororten Kapstadts sind Häuser, Fahrzeuge und Geschäfte in Brand gesetzt worden. Anderswo sind zwei Schwarze verhaftet worden.

Geeignete Schritte gegen die USA

Die Aussenminister der Europäischen Gemeinschaft (EG) haben in Luxemburg die EG-Kommission angewiesen, «geeignete Schritte» zur Wahrung der EG-Interessen in der Auseinandersetzung mit den USA um die Weizenausfuhren der EG zu ergreifen.

Kubaner bleiben in Angola

Der Staatspräsident Angolas, Jose Eduardo Dos Santos, hat vor der 40. UNO-Generalversammlung erklärt, kubanische Truppen sollen in Angola bleiben, bis die Streitkräfte dieses Landes stark genug seien, um die Angriffe des Apartheid-Regimes (Südafrika) abzuwehren. Die Zahl der kubanischen Soldaten hänge «von der Stärke des Angriffs ab».

Von Weizsäcker vor dem Europaparlament

Der deutsche Bundespräsident Richard von Weizsäcker hat am Mittwoch vor dem Europaparlament gesprochen. Er sprach sich dabei im Interesse des Weltfriedens für die Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft zu einer politischen Union aus. Wenn die einmalige Chance zum politischen Zusammenschluss nicht genutzt werde, werde diese nie mehr wiederkehren.

Hernu wird Spitzenkandidat

Der ehemalige französische Verteidigungsminister Charles Hernu ist im Bezirk Rhone zum Spitzenkandidaten für die Parlamentswahlen vom 16. März 1986 aufgestiegen. Er wurde nach elfstündigen Auseinandersetzungen der Delegierten am Mittwoch auf den ersten Platz gesetzt.

FBP

Nominationsversammlung der FBP Triesenberg

Ganz im Zeichen der Nomination des Landtagskandidaten steht die FBP-Ortsgruppenversammlung von morgen Freitag, den 25. Oktober 1985. Die Veranstaltung findet im Gasthaus «Edelweiss» statt und beginnt um 20.15 Uhr.

Nach der Begrüssung durch Obmann Josef Gassner und der Nomination, steht die Neubestellung des Ortsgruppenvorstandes und der Delegierten auf der Tagesordnung. Anschliessend bietet sich die Gelegenheit mit Dr. Herbert Wille, dem FBP-Kandidaten für das Amt des Regierungschefs, und Parteipräsident Dr. Herbert Batliner über aktuelle landespolitische Probleme und über die bevorstehenden Landtagswahlen zu diskutieren.

Die FBP Triesenberg lädt alle Parteifreunde, besonders auch die Damen und die Jugendlichen, zu dieser interessanten Veranstaltung ein.

Wir müssen möglichst ohne Zeitverlust handeln

Der Landtag hat gestern das neue Luftreinhaltegesetz in erster Lesung durchberaten – Keine Kommission

Unsere Wälder sind krank. Und die Ursache des Waldsterbens ist in erster Linie die Luftverschmutzung. Mit diesen Worten eröffnete Regierungsrat Anton Gerner die Eintretensdebatte zum neuen Luftreinhaltegesetz im Landtag. Die Notwendigkeit zur Schaffung schärferer gesetzlicher Bestimmungen im Bereich der Luftverschmutzung wurde vom Landtag anerkannt. Nach der ersten Lesung verzichtete der Landtag auf die Bildung einer Kommission, so dass die Gesetzesvorlage voraussichtlich noch in diesem Jahr verabschiedet werden kann.

Unbestritten war während der Eintretensdebatte, dass angesichts der alarmierenden Befunde des kranken Waldes möglichst ohne Zeitverlust gehandelt werden sollte. Diesen Aufruf hatte Regierungsrat Anton Gerner gleich zu Beginn der Debatte an die Abgeordneten gerichtet. Er forderte die Abgeordneten auf, der Vorlage der Regierung zuzustimmen, da die bisherigen gesetzlichen Bestimmungen nicht ausreichten, sondern nur weitergehende Massnahmen verhindern könnten, dass die Wälder weiterhin geschädigt werden. Die Vorlage ist nach Auffassung von Regierungsrat Gerner ein «gangbarer Kompromiss», der das Wirtschaftlichkeitsdenken ausschaltet und das Verursacherprinzip auf Gesetzesebene einführt.

Der Sprecher der VU, Georg Gstöhl, forderte dazu auf, der Luft in Zukunft genau die gleiche Beachtung zu schenken wie dem Wasser. Nach seinen Worten braucht es politischen Mut, insbesondere bei der Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen und auch bei der Durchführung ständiger Kontrollen. Der Fraktionssprecher der FBP, Josef Biedermann, seinerseits wies auf die Dringlichkeit des in der Vorlage verwirklichten Anliegens hin: Die gesetzlichen Bestimmungen, die in den letzten Jahren immer wieder gefordert wurden, sollten möglichst rasch in Kraft gesetzt werden. Biedermann unterstrich in seinen Ausführungen auch, dass nicht nur die Wälder in den Ballungszentren bedroht seien, sondern vor allem auch die Schutzwälder. Auch dort werde man in zehn bis zwanzig Jahren Kahlflächen zu sehen bekommen.

Zum entschlossenen Handeln rief auch der FBP-Abgeordnete Noldi Frommelt auf, der darauf hinwies, dass der wirtschaftliche Aspekt kein Kriterium für die Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen sein dürfe. Ausserdem wies er auf die Bedeutung der Verordnungen hin, die zu diesem Rahmengesetz gemacht werden müssen, da diese die Grenzwerte für die Schadstoff-Emissionen und Schadstoff-Immissionen enthielten.

Breiten Raum in der Diskussion nahm auch die Kontroverse um die Kehrichtverbrennungsanlage Buchs ein. Dr. Dieter Walch (FBP) betonte einmal mehr die Forderung nach einem möglichst raschen Einbau einer Rauchgaswaschanlage, während der stellvertretende Abgeordnete Karlheinz Oehri (VU) sagte, in dieser Beziehung habe die Regierung versagt. Wiederholt wurde in der Folge die Forderung gestellt, möglichst rasch ein Deponiekonzept zu realisieren, um die Rückstände aus einer Rauchgaswaschanlage richtig entsorgen zu können. Regierungsrat Anton Gerner, der ebenfalls auf die Notwendigkeit eines Deponieentscheides hinwies, erklärte allerdings, dass in erster Linie die liechtensteinischen Gemeinden Verbandsmitglieder bei der Kehrichtverbrennungsanlage seien, so dass ihnen die Aufgabe zufalle, Entscheidungen voranzutreiben.

Während der ersten Lesung der Gesetzesvorlage ergaben sich wenig Änderungsünsche der Abgeordneten, so dass darauf verzichtet wurde, eine Kommission zu bilden. Vor allem die Schwerpunkte des Gesetzes, die konsequente Einhaltung niedriger Grenzwerte sowie das Verursacherprinzip, stiessen auf Zustimmung. Das Gesetz kann somit mit grosser Wahrscheinlichkeit noch in diesem Jahr in Kraft treten. (G. M.)

Herzliche Glückwünsche



Unsere Durchlauchte Landesfürstin Gina feiert heute Donnerstag, den 24. Oktober ihren Geburtstag auf Schloss Vaduz. Zum heutigen Festtag übermitteln wir unserer Landesfürstin alles Gute, weiterhin viel Gesundheit und den Segen Gottes.

Rösle Eberle als Balzner FBP-Kandidatin gewählt

(gs) – In einer gut besuchten FBP-Ortsgruppenversammlung wurde am Dienstagabend im Hotel «Riet» mit Rösle Eberle eine Landtagskandidatin für die nächsten Landtagswahlen nominiert, die sich in den letzten Jahren vor allem als Leiterin der Kommission für Frauenfragen der FBP einen Namen gemacht hat. Sie tritt damit die Nachfolge von Arbeitersekretär Eugen Büchel an, der sich vor allem als Ständesvertreter für die Arbeitnehmerfragen einsetzte.

Die FBP-Ortsgruppenversammlung sprach sich ohne Gegenstimme für die Nomination von Rösle Eberle, die von der Ortsgruppe Balzers vorgeschlagen wurde, aus. Mitreden, mittragen und mitverantworten sollte für die Frauen in Liechtenstein bald eine Selbstverständlichkeit sein», gab sich Rösle Eberle anlässlich ihrer Dankadresse an die Anwesenden, selber ein Programm. Sie könne sich vorstellen, dass die Nomination einer Frau in Balzers nicht leicht gefallen sei. Umso mehr wisse sie diesen Vertrauensbeweis zu würdigen.

Parteipräsident Dr. Herbert Batliner würdigte die Arbeit von Rösle Eberle im Parteivorstand, nachdem auch er sich in die Reihe der Gratulanten einreichte und auch die Glückwünsche des Parteivorstandes überbrachte. Ihr Ja zur Mitarbeit im Vorstand vor drei Jahren war Auftakt zu einer guten und erfreulichen Zusammenarbeit. Vor allem bei Frauenproblemen habe man immer auf ihr Wort und ihren Rat gehört. Dr. Herbert Batliner dankte aber auch der Familie Eberle, die die Arbeit und den Einsatz von Rösle Eberle mitgetragen habe.

Der Parteipräsident dankte den abtretenden Landtagsabgeordneten Eugen Büchel und Dr. Helmuth Wohlwend, der sich kurzfristig für eine Kandidatur zur Verfügung gestellt hatte und ging dann auf die aktuelle Landespolitik ein. Der FBP-Kandidat für das Amt des Regierungschefs, Dr. Herbert Wille, erläuterte einige Schwerpunkte des Parteiprogramms und stellte sich dann den Fragen der Bürgerinnen und Bürger. Politik müsse sachlich und leistungsbezogen sein. Es gelte endlich die anstehenden Probleme zu lösen, statt nur darüber zu reden.

Einen ausführlichen Bericht über die Nominationsversammlung in Balzers lesen Sie im Innern dieser Ausgabe.

Lastwagenfahrverbot in Österreich

Frankfurt (AP) Wegen des Staatsfeiertags gilt am Samstag, dem 26. Oktober, in Österreich ein allgemeines Fahrverbot für Lastwagen. Aus diesem Grund wies der Bundesverband des deutschen Güterfernverkehrs (BDF) in Frankfurt am Mittwoch alle am Österreich-Italien-Verkehr beteiligten Transportunternehmer darauf hin, dass das Zollamt Brenner am Samstag die Abfertigung in Richtung Deutschland um 8.00 Uhr und in Richtung Italien um 10.00 Uhr beendet. Das Zollamt Kiefersfelden fertige in Richtung Deutschland bis 8.00 Uhr und in Richtung Österreich bis 6.00 Uhr ab. Beide Zollämter nehmen den Angaben zufolge ihre Tätigkeit nach Ende des sich an den Staatsfeiertag anschliessenden Sonntagsfahrverbots am Sonntag, dem 27. Oktober, um 22.00 Uhr wieder auf.

9,4 Millionen-Defizit im SRG-Budget für 1986

Bern (AP) Die Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft (SRG) rechnet für das kommende Jahr mit einem Defizit von 9,4 Millionen Franken. Der SRG-Zentralvorstand genehmigte am Mittwoch den Voranschlag für 1986, der Einnahmen von 600,2 Millionen Franken und Ausgaben von 609,6 Millionen Franken vorsieht. Wie die SRGG-Generaldirektion in Bern mitteilte, ist der Aufwandüberschuss im Mehraufwand zur Entwicklung und Verbesserung der Programme sowie für erhöhte Kosten der Sozialleistungen begründet. Gleichzeitig mit der Genehmigung des Budgets nahm der Zentralvorstand Kenntnis von der Finanzplanung 1986 bis 1990.

Treffen Mubarak – Hussein

Kairo (AP) Der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak und König Hussein von Jordanien wollen am Donnerstag in Amman zusammentreffen. Aus ägyptischen Regierungskreisen verlautete am Mittwoch, die beiden Staatschefs wollten die Aussichten auf eine Friedensregelung im Nahen Osten erörtern, nachdem der israelische Ministerpräsident Schimon Peres die Eröffnung von Verhandlungen mit Jordanien noch in diesem Jahr angeboten habe.



Rösle Eberle heisst die FBP-Landtagskandidatin der Ortsgruppe Balzers, die am Dienstag mit einem überwältigenden Vertrauensbeweis für die Landtagswahlen 1986 nominiert wurde. Hier nimmt sie die Glückwünsche von Parteipräsident Dr. Herbert Batliner entgegen. (Bild: Eddy Risch)